

# POLEN – NACHBAR, PARTNER UND FREUND IM OSTEN.

## DIE DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN SEIT 1989

Stephan Georg Raabe



Stephan Georg Raabe ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau.

Adam Michnik, der ehemalige *Solidarność*-Vorkämpfer und Herausgeber der liberalen *Gazeta Wyborcza*, der größten Tageszeitung Polens, kommentierte den Ausgang der jüngsten polnischen Präsidentenwahlen vom 4. Juli 2010 mit den Worten, er freue sich, denn Polen sei nun „das feindliche Gespenst der IV. Republik“ losgeworden.<sup>1</sup> In der Tat: Mit dem Wahlsieg von Bronisław Komorowski, dem Kandidaten der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska*, PO), über seinen national-konservativen Konkurrenten Jarosław Kaczyński, den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) ist zunächst einmal das politische Reformprojekt der „IV. Republik“ ad acta gelegt worden.

1 | Adam Michnik: Polacy wybrali politykę racjonalną i opartą na przekonaniu, że Polska jest dla wszystkich (Die Polen wählten eine rationale Politik auf die Überzeugung gestützt, dass Polen für alle Polen da ist), in: *Gazeta Wyborcza* vom 05.07.2010, 5. Die Erste Republik war die Adelsrepublik mit der ersten modernen Verfassung in Europa überhaupt vom 3. Mai 1791, die nach der dritten polnischen Teilung durch Preußen, Österreich und Russland aufgelöst wurde. Die Zweite Polnische Republik bezeichnet die Geschichte Polens von 1918 bis 1939 in der Zwischenkriegszeit, wobei es seit dem Putsch Józef Piłsudskis im Mai 1926 eine autoritäre Herrschaft in Polen gab. Als III. Republik wird die Zeit nach der friedlichen Revolution 1989/90 betitelt. Vgl. dazu Stephan Georg Raabe, „Geschichte und ihre Interpretation. Zum Verfassungstag in Polen“, *Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Auslandsbüro Polen vom 04.05.2010; einen guten Überblick gibt Manfred Alexander, *Kleine Geschichte Polens*, (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2005).

## DAS GESPENST DER IV. REPUBLIK

Die grundlegende politische Veränderung Polens hatte mit dem doppelten Sieg der Kaczyńskis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 nach vier Jahren postkommunistischer Linksregierung begonnen. Damals wurde zunächst die PiS mit 27 Prozent stärkste Partei im polnischen Parlament. Wenig später gewann Lech Kaczyński mit 54 zu 46 Prozent gegen den lange Zeit führenden PO-Vorsitzenden Donald Tusk die Präsidentschaftswahlen. Schließlich bildete die PiS entgegen der weit verbreiteten Erwartung keine Koalition mit der PO, sondern eine Minderheitsregierung und später ein formelles Regierungsbündnis mit der linkspopulistischen „Selbstverteidigung“ und der rechtspopulistischen „Liga der Polnischen Familien“.

Zwar war schon bald nach 1989 sowohl das Lager der *Solidarność* wie auch die ehemalige kommunistische Koalition in rivalisierende Gruppen zerfallen, aber der polnischen Gesellschaft blieb doch aufs Ganze gesehen die Teilung bestehen. Sie verlief zwischen denjenigen, die

**Die grundlegende politische Veränderung Polens hatte mit dem doppelten Sieg der Kaczyńskis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 nach vier Jahren postkommunistischer Linksregierung begonnen.**

eher zur Nomenklatura des alten Systems gehört hatten, und jenen, die eher mit der *Solidarność* gegen dieses System aufbegehrt hatten, und zwischen deren Nachfahren. Dies zeigte sich in den wechselnden Regierungsmehrheiten: 1989 bis 1993 regierten zunächst die *Solidarność*-Kräfte, dann bis

1997 bereits die postkommunistischen Linken, bis 2001 wieder das Wahlbündnis *Solidarność* unter Premier Jerzy Buzek, welches erneut von einer linken Mehrheit abgelöst wurde, die schließlich 2005 wiederum durch eine Mehrheit der beiden aus der *Solidarność*-Bewegung hervorgegangen, erst 2001 gegründeten Parteien PO und PiS ersetzt wurde. Einen zweiten ähnlichen politischen Strang bildeten die Präsidentschaften: Zunächst sicherte der Militärdiktator General Wojciech Jaruzelski 1989 die Macht der Kommunisten. Erst Ende 1990 folgte der *Solidarność*-Führer Lech Wałęsa als erster frei gewählter Staatspräsident. Doch bereits 1995 gewann der mit 41 Jahren noch junge Postkommunist Aleksander Kwaśniewski, der ähnlich wie Egon Krenz in der DDR in kommunistischer Zeit für die Jugend zuständig war und von Jaruzelski gefördert wurde, gegen

den *Solidarność*-Helden Wałęsa die Präsidentschaftswahl. Erst nach zwei Amtszeiten wurde Kwaśniewski Ende 2005 im Zuge der damaligen konservativen Wende von Lech Kaczyński abgelöst.

Die „IV. Republik“ der Kaczyński-Brüder spaltete ab 2005 das Land in neuer Weise. In einem wahren Gerechtigkeitsfuror sollte Polen gereinigt werden von postkommunistischen Hinterlassenschaften und Korruption. Mit den Kommunisten und Wendeprofiten wollte man jetzt endlich genauso abrechnen, wie mit den ehemaligen Besatzern, den Deutschen und Russen. Mit dem NATO-Beitritt im März 1999 und dem EU-Beitritt im Mai 2004 hatte Polen sein außenpolitisches Hauptziel, die vollständige Integration in die militärischen und politischen Institutionen des Westens, erreicht. Nun galt es, die polnischen Interessen unüberhörbar zur Geltung zu bringen. Nation und nationale Solidarität, starker Staat, Recht und Ordnung, Souveränität, Geschichtspolitik, regionale Führung in Mitteleuropa und gleiche Augenhöhe mit dem westlichen Nachbarn waren nun die Leitworte. Längst überholt geglaubte

Gedanken aus der Zwischenkriegszeit von der national-konservativen *Endecja* Roman Dmowskis, die einen homogenen katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte, von Polen als Führungsmacht in einem „Dritten Europa“ zwischen Deutschland und Russland oder

von der Politik als Unterscheidung von Freund und Feind in Anlehnung an den katholischen deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt traten wieder hervor. Zwar gab es genügend Anlass für grundlegende Reformen. Aber diese politische Einstellung polarisierte genauso wie der rabiante Stil, mit der die Sanierung (*sanacja*) und die neuen Ambitionen verwirklicht werden sollten. Die Kaczyńskis verstanden Politik als andauernden Kampf und Konfrontation. Innenpolitisch wurde die Antikorruptionsbehörde CBA (Centralne Biuro Antykorupcyjne) zu einem wichtigen Instrument. Politische Gegner, unliebsame Kritiker und selbst Regierungsmitglieder wurden bespitzelt und öffentlichkeitswirksam verhaftet, so wie der entlassene Innenminister Janusz Kaczmarek. Im Fernsehen erschienen regelmäßig wackelige Bilder von maskierten Spezialeinheiten, die die Opfer der „Säuberung“ abführten. Nach kaum mehr

**Die „IV. Republik“ der Kaczyński-Brüder spaltete ab 2005 das Land. In einem wahren Gerechtigkeitsfuror sollte Polen gereinigt werden von postkommunistischen Hinterlassenschaften und Korruption.**

als einem Jahr, im Sommer 2007, brach schließlich die rechtspopulistische Regierung in abgrundtiefem Misstrauen auseinander.<sup>2</sup>

Europa- und außenpolitisch manövrierten die Kaczyńskis und die PiS Polen mehr und mehr an den Rand, weil auch hier die Durchsetzung eigener nationaler

**Die Kaczyńskis verstanden Politik als andauernden Kampf und Konfrontation. Politische Gegner, unliebsame Kritiker und selbst Regierungsmitglieder wurden bespitzelt und öffentlichkeitswirksam verhaftet.**

Interessen Vorrang hatte vor konstruktiver Kooperation und geduldigem prozessualen Ausgleich. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 erreichte diese Art von Politik einen Höhe-

punkt in der Auseinandersetzung um die nationale Stimmengewichtung im Europäischen Rat („Quadratwurzel oder Tod“). Der Streit konnte nur mit größter Mühe und unter gehörigem politischem Druck in letzter Minute beigelegt werden. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es nachdenklich: Es ist „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch Europa streicht“.<sup>3</sup> Die Kaczyńskis und ihre Gefolgschaft begegneten Deutschland mit blankem Misstrauen, was in Deutschland, das nach 1989 als verlässlicher Fürsprecher für Polen aufgetreten war, Unverständnis hervorrief. Neues Hegemoniestreben, Geschichtsfälschung, Missachtung der polnischen Interessen und anderes mehr wurde jetzt dem deutschen Nachbarn vorgeworfen. Da half es nur wenig, dass die etwa zeitgleich mit den Kaczyńskis an die Regierung gelangte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine intensive, gleichwohl rücksichtsvolle Kontaktpflege mit Polens Regierung und Präsidenten betrieb. Verschiedene Faktoren erschwerten oder blockierten sogar ein gedeihliches und partnerschaftliches Miteinander und ließen die politischen Beziehungen erstarren: Der „Steinbach-Komplex“<sup>4</sup>, der Streit um das Gedenken an die Vertreibung in Deutschland, oder wie man jetzt in Polen wieder „politisch korrekt“ sagte, an die „Aussiedlung“, der häufig wiederholte Vorwurf, „die Deutschen“ stilisierten sich von „Tätern zu Opfern“, die unsägliche Diskussion um vermeintliche Restitutions-

2 | Vgl. Stephan Georg Raabe, *Polen – Politische Chronik 2007. Länderbericht* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen vom 28.01.2008).

3 | Vgl. ebd.

4 | Vgl. Stephan Georg Raabe, *Im Antlitz der Geschichte. Tiefere Ursachen und Lösungsansätze des Streits um Erika Steinbach*, *Länderbericht* (KAS, Auslandsbüro Polen vom 25.03.2009).

ansprüche einer so genannten „Preußischen Treuhand“<sup>5</sup> und um Entschädigungsforderungen Polens als Reaktion darauf, das an Polen vorbei geplante russisch-deutsche Joint Venture Ostsee-Gaspipeline<sup>6</sup>, der Streit um den europäischen Verfassungsvertrag und den Einfluss in der EU und die Diskussion um die Stationierung von Elementen der US-Raketenabwehr in Polen. Die Kommunikation auf politischer Ebene war gestört, und die Medien multiplizierten diese Störung.<sup>7</sup> Politisch hatte in Polen von Neuem das Misstrauen gegenüber Deutschland die Oberhand gewonnen.<sup>8</sup>

Der polnische Publizist Adam Krzemiński bemerkte 2006 zu Recht, mit Jarosław Kaczyński regiere „der erste Zornige der IV. Republik“.<sup>9</sup> Denn diese Republik gewann ihre Motivation gerade aus einer Art von „Zorn-Aufladung“ gegen die „III. Republik“ und deren Krankheiten wie Korruption, Ineffizienz und soziale und historische Ungerechtigkeit.<sup>10</sup> Sie manifestierte sich alsbald bei den „ehrgeizigen und empörungsstarken Akteuren“ in einer „Politik der Ungeduld“<sup>11</sup>, in der Forderung nach Recht und Ordnung, nach Anerkennung der bisher sozial und

**Neues Hegemoniestreben, Geschichtsfälschung, Missachtung der polnischen Interessen und anderes mehr wurde jetzt dem deutschen Nachbarn vorgeworfen.**

- 5 | Vgl. Stephan Georg Raabe, „Restitutionsansprüche abgewiesen. Ursache und Genese eines politischen Konfliktes“, in: *Die Politische Meinung*, 11 (2008), 65-69; ders.: „Die Klagen der ‚Preußischen Treuhand‘. Zwischen politischer Hysterie und rechtlichen Fragen“, in: *Die Politische Meinung*, 5 (2007) 69-73.
- 6 | Vgl. Stephan Georg Raabe, „Der Streit um die Ostsee-Gaspipeline. Bedrohung oder notwendiges Versorgungsprojekt?“, in: *KAS Auslandsinformationen* 2/2009, 67-94.
- 7 | Vgl. Beata Ociepka, Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz: „Die Europapolitik Warschaus und Berlins in der deutschen und polnischen Presse.“ Forschungsbericht hrsg. vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten Warschau mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau 2008.
- 8 | Vgl. Stephan Georg Raabe: „Schwierige Nachbarschaft. Aktuelle Entwicklungen und Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen“, Vortrag vor der Jahrestagung 2007 des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung; [http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2008/dokument\\_id-12727/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2008/dokument_id-12727/index.html); ders.: „Potenzielle Stabilität. Polen nach dem Ende der IV. Republik“, in: *KAS Auslandsinformationen* 6/2008, 27-40.
- 9 | Adam Krzemiński: „Tiefe Risse in der Demokratie“, in: *Internationale Politik* 5/2006, 23-29, hier 24.
- 10 | Vgl. Peter Sloterdijk: *Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch*, Frankfurt am Main 2006, 61-73; *Die post-kommunistische Situation*, hier 66 f.
- 11 | Sloterdijk, a.a.O. 71 f.

historisch hinten Anstehenden, nach sozialer Gerechtigkeit und Durchsetzung der nationalen Interessen. Die „IV. Republik“, aber auch die jüngste Präsidentenwahl, zeigen die Spaltung Polens geografisch wie soziologisch in den wohlhabenderen Westen und den ärmeren Osten, die Stadt- und die Landbevölkerung, die Gebildeteren und die weniger Gebildeten, die Jüngeren und die Älteren. Diese Spaltung lässt sich bei allen Wahlen seit 2005 deutlich beobachten. Während die einen die eher ausgleichenden Liberalen oder Linken wählen, stimmen die anderen für die Zorn-Fraktionen nationaler oder populistischer Ausprägung, wobei rund die Hälfte der Wahlberechtigten gewöhnlich sowieso der Wahl fernbleibt.<sup>12</sup> Aber eine politische Kultur des Zornes schlägt leicht in Hass um und vergiftet die Gesellschaft.

Im Verhältnis zu Deutschland strebt Polen nach Beachtung, Rücksichtnahme, Anerkennung, Gleichberechtigung, Wertschätzung, eben nach „gleicher Augenhöhe“ trotz der selbstverständlich vorhandenen und oftmals fast schon

**Die „IV. Republik“ zeigte die Spaltung Polens in den wohlhabenderen Westen und den ärmeren Osten, die Stadt- und die Landbevölkerung, die Gebildeteren und die weniger Gebildeten, die Jüngeren und die Älteren.**

rituell angeführten Asymmetrien, Ungleichgewichte, des wirtschaftlichen Niveauunterschiedes zwischen beiden Ländern und ihrer ungleichzeitigen Entwicklung. Hier wirkt sich sozialpsychologisch die *Longue durée* (Fernand Braudel), die lange Dauer geschichtlicher Erfahrung eines Landes aus, das sich stolz an die Piastzeit im Mittelalter und das polnisch-litauische Großreich in der frühen Neuzeit erinnert, Ende des 18. Jahrhunderts jedoch Objekt der Politik der aufstrebenden Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich wurde, für 123 Jahre von der Landkarte verschwand und kulturell unterdrückt wurde. Bereits 21 Jahre nach dem Wiederaufstehen 1918 wurde Polen erneut Opfer seiner großen Nachbarn Deutschland und Sowjetrußland. Es wurde jetzt aber nicht nur geteilt und besetzt, sondern in seiner physischen Existenz bedroht und ausgebeutet. Die deutschen Besatzer demütigten die Polen als „slawische Untermenschen“. Obgleich sie im Zweiten Weltkrieg aufopferungsvoll auf

12 | Vgl. dazu aktuell die Länderberichte des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den jüngsten Präsidentenwahlen, „Bronisław Komorowski vierter Präsident der III. Republik Polens“ (05.07.2010); „Kopf an Kopf“ (02.07.2010) und insbesondere „Polen: Nach der Wahl ist vor der Wahl“ (22.06.2010).

Seiten der Alliierten und im Untergrund kämpften, erhielten die Polen nach dem Kriege aber nicht ihre Freiheit, sondern fielen unter sowjetrussische Herrschaft. Das Land und mit ihm die Bevölkerungen wurden nun auf der Landkarte um 150 Kilometer nach Westen verschoben. Erst 1989/90 ging diese zweifache Nachkriegszeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit ihren Kämpfen für Polen zu Ende. Erst jetzt konnte sich das Land endlich an den keineswegs leichten Transformations- und Aufholprozess machen und die Lösung der grundlegenden Dilemmata der polnischen Politik angehen.<sup>13</sup>

**Die Geschichte prägt den ambivalenten Blick auf den deutschen Nachbarn, in dem sich nicht selten vorsichtige Skepsis mit Bewunderung, manchmal aber auch mit Neid und Missgunst paart.**

Diese Geschichte, die man in Polen bis heute nicht so recht aufarbeiten konnte, prägt die nationale Psyche und ebenso den ambivalenten Blick auf den deutschen Nachbarn, in dem sich nicht selten vorsichtige Skepsis mit Bewunderung, manchmal aber auch mit Neid und Missgunst paart, nationaler Stolz mit Minderwertigkeitskomplexen. Es wäre jedoch falsch, die mit der „IV. Republik“ verbundenen Krisenphänomene in den deutsch-polnischen Beziehungen allein auf die „Zorn-Aufladung“ unter den Kaczyńskis und damit auf die national-konservative Wende in der polnischen Politik im Jahre 2005 zurückzuführen. Diese Wende verschärfte nur die seit geraumer Zeit schon vorhandenen Spannungen und Turbulenzen.

## **DIE GENESE DER BEZIEHUNGEN NACH 1989**

Blicken wir noch einmal zurück: In den Zeiten des Kalten Krieges wurde die deutsch-polnische „Versöhnung“ zu einem Schlüssel, um die weltanschaulich zementierte politische Teilung zu überwinden. Versöhnung bezieht sich auf gemeinsame Werte, die Menschen und Gesellschaften verbinden. Nicht zufällig waren die Kirchen eine wichtige Quelle dieser Versöhnungsarbeit. Von ihnen kamen die ersten Anstöße für den deutsch-polnischen Dialog.<sup>14</sup> Mit der

13 | Vgl. Władysław Bartoszewski, *Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft* (Bonn: Deutscher Bundestag 28.04.1995)

14 | Vgl. Stephan Georg Raabe, „Die Kirchen als Katalysatoren der Versöhnung“, in: Elżbieta Opilowska, Krzysztof Ruchniewicz, Marek Zybura (Hrsg.), *„Das Friedenszeichen von Kreisau“ und „Der Händedruck von Verdun“. Wege zur deutsch-polnischen und deutsch-französischen Versöhnung und ihre Symbole im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaften* (i.A. der Stiftung

politischen Überwindung der europäischen Teilung und der Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Versöhnungsprozess fortgesetzt durch die Beseitigung der Gegensätze und Konflikte, die es auf der politisch-rechtlichen Ebene gab.<sup>15</sup>

**Nicht zufällig waren die Kirchen eine wichtige Quelle der Versöhnungsarbeit. Von ihnen kamen die ersten Anstöße für den deutsch-polnischen Dialog.**

Der Vertrag zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Republik Polen vom 14. November 1990 bestätigte die zwischen ihnen bestehende Grenze und räumte damit das Hauptproblem in den deutsch-polnischen Beziehungen aus. Der anschließende Vertrag „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, dessen 20. Jahrestag 2011 ansteht, legte die Grundlage für die strategische Partnerschaft der kommenden Jahre.<sup>16</sup> Auf der Grundlage eines umfangreichen Maßnahmenkataloges, der in dem Vertrag beschrieben wurde, entwickelten sich die deutsch-polnischen Beziehungen in den neunziger Jahren positiv im Sinne einer „Werte- und Interessengemeinschaft“. Rechtsstaatlichkeit, demokratische Freiheit, soziale Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft, Solidarität für Frieden und Entwicklung waren wichtige gemeinsame Grundwerte. Die Überwindung der Ordnung von Jalta, die Gestaltung einer neuen freiheitlichen Friedensordnung und die europäische Vereinigung waren zentrale gemeinsame Interessen.

Allerdings waren Fragen der Staatsangehörigkeit und Vermögensfragen im Nachbarschaftsvertrag, worauf ein Briefwechsel zum Vertrag hinweist, ausdrücklich ausgespart worden.<sup>17</sup> Wie sich zeigen sollte, blieben die sich aus der Kriegs- und Nachkriegszeit ergebenden Themen

Kreisau, des Willy-Brand-Zentrums der Universität Breslau und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen), Wrocław 2009, 53-86 (liegt ebenso auf polnisch vor).

- 15 | Zum Zusammenhang von Versöhnung und Interessengemeinschaft vgl. Witold Góralski, „The Polish-German Community of Interests. Origins – Achievements – Threats“ in: ders. (Hrsg.), *Poland-Germany 1945-2007. From Confrontation to Cooperation and Partnership in Europe. Studies and Documents*. Polish Institute of International Affairs, Warsaw 2007, 309-354, hier 339, 352 f.
- 16 | Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Polen (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Verträge vom 14.11.1990 und 17.6.1991* (deutsch/polnisch), Bonn, o.J. (Deutsch-Polnische Verträge).
- 17 | Deutsch-Polnische Verträge, a.a.O. 70-74, hier 74.

politisch-gesellschaftlich heiße Eisen. Zwar wurden neuralgische Punkte wie die Vertreibung der Deutschen im Laufe der Zeit keineswegs umgangen, sondern offen und differenziert angesprochen.<sup>18</sup> Ein erster Höhepunkt war diesbezüglich das zweijährige polnische Forschungsprojekt „Der Vertreibungskomplex“, welches die einstigen Differenzen zwischen deutscher und polnischer Historiographie ad acta zu legen half und zu einer Enttabuisierung und Entideologisierung dieses Themas in Polen beitrug.<sup>19</sup> Später legte eine Arbeitsgruppe von Historikern, die von der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde, eine mehrbändige, sowohl in Deutsch wie in Polnisch publizierte Dokumentation aus polnischen Archiven über das Schicksal der Deutschen im polnischen Machtbereich 1945 bis 1950 vor.<sup>20</sup> Inwieweit aber diese Aufarbeitung des Vertreibungskomplexes Eingang in das allgemeine öffentliche und politische Bewusstsein gefunden hat, ist angesichts des Streits um dieses Thema in den letzten Jahren fraglich. Ohne Zweifel wurde jedoch der Ausspruch des ehemaligen polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski, „Polens Weg nach Europa fhrt über Deutschland“, erfolgreich in praktische Politik umgesetzt.<sup>21</sup> Deutschlands Unterstützung für Polens EU-Beitritt war ein effektiver Katalysator der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Bezug auf die europäische Integration.<sup>22</sup>

**Der Ausspruch des ehemaligen polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski, „Polens Weg nach Europa fhrt über Deutschland“, wurde erfolgreich in praktische Politik umgesetzt.**

Exemplarisch für diese Phase der deutsch-polnischen Beziehungen sind ihr symboltrchtiger Beginn mit der Vershnungsmesse im niederschlesischen Kreisau am

18 | Vgl. Klaus Bachmann, Jerzy Kranz (Hrsg.), *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen* (Bonn, 1998).

19 | Vgl. Wodzimierz Borodziej, Artur Hajnicz (Hrsg.), *Kompleks wypdzenia* (Krakw, 1998).

20 | Vgl. Wodzimierz Borodziej, Hans Lemberg (Hrsg.), *Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden... Die Deutschen östlich von Oder und Neiße*. Dokumente aus polnischen Archiven, Herder Institut Marburg, Bd. 1/2000: *Einführung, zentralstaatliche Verordnungen, Wojewodschaft Allenstein (südliches Ostpreußen)*; Bd. 2/2003: *Zentralpolen, Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien)*; Bd. 3/2004: *Wojewodschaft Posen, Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern)*; Bd. 4/2004: *Wojewodschaft Pomerellen und Danzig (Westpreußen), Breslau (Niederschlesien)*.

21 | Vgl. Alexander, *Geschichte Polens*, a.a.O. 391.

22 | Vgl. Gralski, a.a.O. 330 ff., 343.

12. November 1989 unter Beteiligung der beiden Regierungschefs Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl, die in einer Umarmung den Friedensgruß austauschten, sowie zwei Ansprachen zu historischen Gedenktagen. Anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 sprach Bundespräsident Roman Herzog in Warschau und bat die polnischen Opfer des Krieges um „Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist“.<sup>23</sup> Und er führte zustimmend die Sätze des polnischen Essayisten Jan Józef Lipski an: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben“. Nationale Gruppierungen und Opferverbände kritisierten Präsident Lech Wałęsa heftig für die Einladung von Herzog, manche Aufstandsveteranen blieben der Veranstaltung aus Protest sogar fern.

Etwas später, am 28. April 1995, hielt der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag

**Anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes bat Bundespräsident Roman Herzog die polnischen Opfer des Krieges um „Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist“.**

zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges eine bedeutende Rede.<sup>24</sup> Sie wurde als „die repräsentativste Interpretation der polnisch-deutschen Versöhnung, Partnerschaft und Interessengemeinschaft“ bezeichnet<sup>25</sup>, vor allem wegen seiner bahnbrechenden Worte: „Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, dass davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und dass zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“ Mit Blick auf den Weltkrieg beharrte Bartoszewski aber auf einer klaren Unterscheidung von Opfern und Tätern und ihren Mitläufern. Das Gedenken und die historische Reflexion müssten

brechenden Worte: „Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, dass davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und dass zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“ Mit Blick auf den Weltkrieg beharrte Bartoszewski aber auf einer klaren Unterscheidung von Opfern und Tätern und ihren Mitläufern. Das Gedenken und die historische Reflexion müssten

23 | Veröffentlichung des Bundespräsidialamtes, 01.08.1994: <http://bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Reden-Roman-Herzog-,11072.12003/Ansprache-von-Bundespraesident.htm> [05.08.2010]

24 | Bartoszewski, *Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges*, a.a.O.

25 | „The most representative interpretation of Polish-German reconciliation, partnership, and community of interests was made on 28 April 1995 in Bonn by Poland’s foreign minister, Władysław Bartoszewski“: Góralski, a.a.O. 342.

die deutsch-polnischen Beziehungen stets begleiten. Sie sollten aber nicht das Hauptmotiv dieser Beziehungen sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen. „Unsere Nachbarschaft wird im hohen Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird.“ (Władysław Bartoszewski)

Bartoszewskis Rede war im Vorfeld in Polen allerdings ebenfalls alles andere als unumstritten. Zum einen hatte Staatspräsident Wałęsa eigentlich erwartet, zu den 50-Jahr-Feierlichkeiten des Kriegsendes nach Deutschland eingeladen zu werden. Das dies nicht geschah, rief in Polen das schmerzhafteste Gefühl der Zweitrangigkeit hervor. Während man sich selber ebenso wie Frankreich zu den Alliierten Siegern zählte, rechnete die Regierung Kohl Polen nicht dazu. Vor diesem Hintergrund diente die Einladung Bartoszewskis auch dazu, einen diplomatischen Eklat zu vermeiden. Zum anderen hatte man in Polen überwiegend nicht den Eindruck, sich gegenüber den Deutschen entschuldigen zu müssen. Zwei Drittel der Befragten einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstitutes CBOS gaben im Mai 1996 an, es gäbe nichts, wofür die Polen die Deutschen überhaupt um Vergebung bitten müssten. Fast die Hälfte der Befragten wusste überhaupt nicht, dass es eine Vertreibung der Deutschen gegeben hatte.<sup>26</sup> Bartoszewski meisterte die schwierige Situation, indem er zwar nicht um Vergebung bat, aber Empathie auch für die Vertriebenen zeigte und eine Mitverantwortung von Polen an den Gewalttaten und Verbrechen im Zusammenhang der Zwangsumsiedlungen eingestand.

**„Unsere Nachbarschaft wird im hohen Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird.“ (Władysław Bartoszewski)**

26 | Vgl. Markus Mildener, „Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?“, in: Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hrsg.), *Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?*, Berlin 2001, 28-34, hier 30 f., online unter <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-305.pdf> [26.08.2010]. Zum ganzen Vorgang auch Adam Holesch, *Verpasster Neuanfang? Deutschland, Polen und die EU*, Bonn 2007, 41 f.

## **EIN FRÜHER WARNRUF: „VERSÖHNUNGSKITSCH GEHOBENER ART“**

Die Bitte um Vergebung von deutscher Seite für die Kriegsverbrechen und das Eingeständnis einer Mitverantwortung von polnischer Seite für den „Raub der Heimat“ vieler Deutscher bildeten zweifellos eine wichtige Grundlage für Verständigung und Versöhnung. Doch bereits wenige Tage nach Herzogs Rede in Warschau warnte der deutsche Polenkorrespondent Klaus Bachmann nachdrücklich vor einem „Versöhnungskitsch“ zwischen Deutschen und Polen.<sup>27</sup> Nach wie vor vorhandene Vorurteile, Meinungsverschiedenheiten und Probleme würden nicht dadurch gelöst, dass man sie mit bloßen Gesten, Symbolhandlungen und Appellen zudecke, sondern dadurch, dass man sie offen ausdiskutiere. Stattdessen jedoch überzeugten sich „germanophile Polen und polenfreundliche Deutsche gegenseitig davon, dass sie einander mögen, meist unter peinlicher Ausklammerung kontroverser Themen. Versöhnungskitsch gehobener Art.“ Bachmann befürchtete, dass die Kontroversen, denen Politiker und Intellektuelle jetzt aus dem Weg gingen, später umso heftiger ausbrächen. Die deutsch-polnischen Beziehungen verträgen auch einen gesunden Streit, vorausgesetzt, er werde ehrlich ausgetragen.

Bachmann hatte mit seiner Warnung nicht ganz unrecht. Denn wie der lang andauernde und intensive Streit um das geschichtliche Gedenken an die Vertreibungen wenige Jahre später zeigte, sind einige der „heißen Eisen“ noch längst nicht abgekühlt. So lehnte in Polen keineswegs nur der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński, sondern eine breite Mehrheit in Politik und veröffentlichter Meinung eine deutsche Gedenkstätte an die Vertreibungen vehement ab, weil dies die historischen Rollen von Tätern und Opfern angeblich verkehren würde. Gleichzeitig distanzierte sich der Staatspräsident geradewegs von der Sichtweise Lipskis und Bartoszewski und wies darauf hin, dass deren Ansichten von vielen

**Einige der „heißen Eisen“ sind noch längst nicht abgekühlt. So lehnte in Polen eine breite Mehrheit eine deutsche Gedenkstätte vehement ab.**

27 | Klaus Bachmann, „Versöhnungskitsch zwischen Deutschen und Polen“ in: *Transodra* 8/9, S. 41-43, gekürzte Fassung in: *Die Tageszeitung* vom 05.08.1994.

in Polen eben nicht geteilt würden.<sup>28</sup> Damit entzog Lech Kaczyński den deutsch-polnischen Beziehungen in einem sensiblen Bereich die historisch-moralische Grundlage der Verständigung und Versöhnung, die so mühsam seit den sechziger Jahren gelegt worden war. Oder waren es vielleicht doch die Deutschen, die mit ihrem Gedenkprojekt den Burgfrieden zwischen den Historien störten? Deutsche und Polen wurden jedenfalls seit Anfang des Jahrzehnts auf eine ganz undiplomatische Weise darauf gestoßen, dass den Erfahrungen des Weltkriegs und der Nachkriegszeit für die gegenseitige kollektive Wahrnehmung in Politik und Medien „eine konstitutive Bedeutung zukommt“.<sup>29</sup> Eine merkwürdige Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen griff Platz: Während man in Deutschland das Gedenken an die Vertreibungen museal historisieren, der geschichtlichen Betrachtung übergeben und sich vor allem der Zukunft zuwenden wollte, begriff man in Polen die Vorgänge in Deutschland als einen Versuch der Geschichtsrevision, als politisch gefährlich, da in subtiler Weise das Potsdamer Abkommen von 1945 in Frage gestellt werde, und erwartete von den Deutschen eine erneute Hinwendung zur Geschichte und deren kritische Aufarbeitung. Nach Jahrzehnten intensiver Geschichtsbefassung in West-Deutschland und der Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit in Gesamt-Deutschland nach 1989 war dies für weite Teile der deutschen Politik und Gesellschaft eine anachronistische Erwartung.

**Während man in Deutschland das Gedenken an die Vertreibungen museal historisieren und sich der Zukunft zuwenden wollte, begriff man in Polen die Vorgänge als einen Versuch der Geschichtsrevision.**

## **GOLDENE JAHRE UND ERSTE KRISENZEICHEN**

In den neunziger Jahren entwickelten sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene dennoch insgesamt erfolgversprechend. Manche bezeichnen sie deshalb sogar als „die ‚goldenen‘ neunziger Jahre“.<sup>30</sup> Aber bereits im Juni 2000 heißt es in einem Strategiepapier der Konrad-Adenauer-

28 | Vgl. dazu die beiden Interview-Auszüge mit Präsident Lech Kaczyński, in: Stefan Troebst (Hrsg.), *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerung* (Osnabrück 2006), 245 ff.

29 | Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz: „Deutschland und Polen“, in: dies. (Hrsg.): *Länderbericht Polen*, (Bonn: Bundeszentrale Für politische Bildung, 2009), 649-673, hier 649.

30 | Ebd. 654 ff.

Stiftung, das für einen Neubeginn der deutsch-polnischen Partnerschaft warb, die bilateralen Beziehungen hätten sich seit 1998 deutlich verschlechtert und bräuchten neue Impulse.<sup>31</sup> Probleme der Tagespolitik wie die Anpassungsschwierigkeiten in Vorbereitung auf den EU-Beitritt und vergangenheitsbezogene Streitigkeiten verstellten den Blick auf die strategische Bedeutung der Partnerschaft. Von einer „Entfremdung“ auf polnischer Seite und „fehlenden gemeinsamen Zukunftsvisionen“ ist die Rede. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, wenn die bilateralen Beziehungen sich nicht – zu beiderseitigem Schaden – weiter verschlechtern sollen. Was war geschehen? Als Anlässe für die Entfremdung und Enttäuschung werden in dem Strategiepapier genannt:

- Die Irritationen im Kontext der Bundestagsresolution vom 28. Mai 1998 zur Brückenfunktion von deutschen Vertriebenen und Minderheiten.<sup>32</sup> Darin bekräftigte der Deutsche Bundestag den Standpunkt von der Unrechtmäßigkeit und Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibungen und forderte die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin „für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen“ einzusetzen.<sup>33</sup>
- Eine auf polnischer Seite wahrgenommene Abwendung der neuen rot-grünen Bundesregierung von Polen, durch eine neue „Realpolitik“ und die Betonung deutscher Interessen.
- Der Streit um deutsche Kulturgüter in Polen und die zähen Verhandlungen über die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern.<sup>34</sup>

31 | Vgl. Roland Freudenstein und Henning Tewes, *In die Zukunft investieren: Strategien für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft*, Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.06.2000; dies.: „Stimmungstief zwischen Deutschland und Polen. Für eine Rückkehr zur Interessengemeinschaft“, in: *Internationale Politik* 2, 2000, 49-56.

32 | Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10845: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn“.

33 | Vgl. Góralski, a.a.O. 351; Markus Mildenerger, *Funktioniert die „Interessengemeinschaft“? Bilanz eines Jahrzehnts* (Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 09.08.2001), 12 f. <http://www.dgap.org/publikationen/view/09f3595ecef11da89fb8d4e2743af4daf4d.html> [05.08.2010]

34 | Vgl. Holesch, a.a.O. 64 f., 67-70.

- Ängste und Widerstände gegen die EU-Osterweiterung in Polen wie in Deutschland.

Der eigentliche Grund liege aber in einer „strukturellen Asymmetrie“: „In Polen existiert nach wie vor ein auf historischen Erfahrungen beruhendes latentes Misstrauen gegenüber Deutschland, in Deutschland ein oft auf Unwissen beruhender Mangel an Interesse gegenüber Polen“, heißt es in dem Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung. Beides verstärkte sich gegenseitig. Das deutsche Interesse an der Partnerschaft mit Polen müsse klar artikuliert und durch den politischen wie wirtschaftlichen Nutzen begründet werden. Empfohlen werden Gesprächskreise zur Europa-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, bilaterale Sitzungen der Parlamentsausschüsse, eine Vernetzung der Eliten, die Gründung eines Institutes für Deutschlandstudien in Polen sowie eine Intensivierung der Kooperation in den grenznahen Regionen. Vieles von dem wurde zwischenzeitlich realisiert. Die nachfolgenden politischen Verwerfungen in den Beziehungen konnten dennoch nicht verhindert werden.

### EINE SPIRALE DER IRRITATIONEN

Das Titelbild war skandalös. Polens konservatives Nachrichtenmagazin *Wprost* zeigte Mitte September 2003 auf dem Titelblatt in einer Fotomontage die Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach in schwarzer Nazi-Uniform – auf Gerhard Schröder reitend. Darunter stand: „Das deutsche trojanische Pferd“. Links daneben in großen Lettern: „Die Deutschen sind den Polen eine Billion Dollar für den Zweiten Weltkrieg schuldig.“

**War es im Frühjahr 2003 zu einer weiteren erheblichen Entfremdung im Zuge des Irakkrieges gekommen, so setzte sich nunmehr eine ganze Spirale der Irritationen in Gang.**

Das Bild stellte den vorläufigen medialen Höhepunkt in einer emotional geführten Debatte dar, den Steinbach mit ihrem Vorschlag ausgelöst hatte, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin einzurichten. War es im Frühjahr 2003 zu einer weiteren erheblichen Entfremdung zwischen Polen und Deutschland wie auch Frankreich im Zuge des Irakkrieges gekommen, den Polen in Partnerschaft mit den USA im Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn unterstützte, so setzte sich nunmehr eine ganze Spirale der Irritationen in Gang.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die gleichzeitig von einer „Preußischen Treuhand“ vorangetriebenen Restitutionsansprüche einzelner Vertriebener führten damals in Polen, wo sich die Konservativen auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiteten, zu stürmischen politischen und medialen Reaktionen. Am 10. September 2004 verabschiedete der Sejm einstimmig eine Resolution zu den „Rechten Polens auf deutsche Kriegsreparationen sowie zu den in Deutschland vorgebrachten unrechtmäßigen Forderungen gegenüber Polen und polnischen Bürgern“. Der Beschluss mit seiner Forderung finanzieller Kompensation für die Zerstörungen und die materiellen wie immateriellen Verluste im Zweiten Weltkrieg war ein spektakulärer politischer Akt. Er ignorierte das Faktum, dass über die Kriegsreparationen für Polen schon viel früher entschieden worden war und dass Deutschland keinerlei Besitzansprüche gegenüber Polen stellte. Ein weiteres Paradoxon der Resolution war, dass kurze Zeit vorher Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede aus Anlass des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes in Warschau ausdrücklich erklärt hatte, dass für Restitutionsansprüche von Deutschland kein Raum sei, Eigentumsfragen im Zusammenhang mit dem Krieg kein Thema mehr für die deutsche und polnische Regierung seien und weder die Bundesregierung noch irgendeine bedeutsame politische Kraft in Deutschland individuelle Eigentumsansprüche unterstützten. In Reaktion auf die Sejm-Resolution beauftragten beide Regierungen eine Expertengruppe, die Frage von individuellen Restitutionsansprüchen zu klären. Die beiden Völkerrechtsexperten Jan Barcz und Jochen Frowein kamen zu dem Ergebnis, dass solche Ansprüche rechtlich nicht existieren. Dennoch betrieb die „Preußische Treuhand“ ihre Sache weiter und Polens nationale Rechte nutzte die Gelegenheit, um in den Beziehungen zu Deutschland im Namen der polnischen Nationalinteressen auf Konfrontationskurs zu gehen. Auf diese Weise wurden die „nicht existenten“ Rechtsansprüche aus zwei Quellen so lange genährt, bis der Europäische Menschenrechtsgerichtshof endlich am 7. Oktober 2008, gut fünf Jahre später, die Klagen der „Preußischen Treuhand“ endgültig zurückwies und damit dieses Thema weitgehend ruhte. Ein später Sieg des Rechts über den Populismus.<sup>35</sup>

35 | Vgl. Góralski, a.a.O. 344-348; Raabe, *Restitutionsansprüche*, a.a.O.

Unterdessen geht der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ weiter. Zwar hatte die neue liberal-konservative Regierung unter Premier Donald Tusk ab November 2007 eine vorsichtige Neubewertung vorgenommen, die zumindest eine skeptische Duldung signalisierte. Aber als es um den Einzug Erika Steinbachs, die dieses Projekt maßgeblich angestoßen hatte, in den Stiftungsbeirat ging, eskalierte der Streit im Frühjahr 2009 derart, dass sich Bundestagspräsident Norbert Lammert veranlasst sah, in einem offenen Brief in der *Süddeutschen Zeitung* und der *Gazeta Wyborcza* für die Bundestagsabgeordnete einzutreten und um Mäßigung in der Auseinandersetzung zu bitten.<sup>36</sup> Als der neue Bundesaußenminister Guido Westerwelle am 31. Oktober 2009 seinen ersten Antrittsbesuch in Polen unternahm und von einem Journalisten nach Steinbach gefragt wurde, signalisierte er, dass die FDP diese Frage im Sinne Polens behandeln werde, da es schließlich um einen „Beitrag zur Versöhnung“ gehe.<sup>37</sup> Da Westerwelle und die FDP mit Rücksicht auf Polen eine Berufung Steinbachs in den Beirat hartnäckig blockierten, verzichtete Steinbach schließlich am 12. Februar 2010 endgültig auf den Beiratssitz. Der Kampf um ihren Kopf war entschieden, die „Mission erfüllt“, wie ein hoher polnischer Regierungsvertreter bemerkte. In Deutschland fühlten sich am Ende die Gegner Steinbachs genauso erpresst wie ihre Unterstützer. Die polnische Regierung begrüßte dagegen die Lösung als gut für die polnisch-deutschen Beziehungen. Doch der über Jahre andauernde Kampf hat Spuren hinterlassen.

**Da Westerwelle und die FDP mit Rücksicht auf Polen eine Berufung Steinbachs blockierten, verzichtete Steinbach auf den Beiratssitz. Der Kampf um ihren Kopf war entschieden.**

Auch in anderen, ungleich gewichtigeren Politikfeldern drehte sich die Spirale der Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis weiter. War der Irak-Krieg eine Bewährungsprobe für die deutsch-polnischen Beziehungen in

36 | Vgl. Raabe, *Antlitz der Geschichte*, a.a.O.; ders.: *Das gefährliche Spiel mit Erika Steinbach*, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen vom 06.03.2010, [http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2009/dokument\\_id-15878/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2009/dokument_id-15878/index.html) [05.08.2010]; der Brief Lammerts ist zugänglich unter: [http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2009/dokument\\_id-15909/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2009/dokument_id-15909/index.html).

37 | Vgl. Gerhard Gnauck: „Guido Westerwelle. Deutschlands neuer Außenminister verzückt Polen“, in: *Welt Online*, 01.11.2009.

Bezug auf die Sicherheitspolitik und transatlantische Partnerschaft, so gestaltete sich der Streit um den Europäischen Verfassungs- oder später Reformvertrag als Bewährungsprobe für die bilateralen Beziehungen im Bereich der Europapolitik. Beide Proben misslangen. In beiden Fällen kam es zu teils scharfen Konflikten, die wohl nicht nur etwas mit „einer fatalen Ungleichzeitigkeit außenpolitischer Kulturen“<sup>38</sup> in Deutschland und Polen zu tun haben, sondern auch mit politischen Positionen und der Unfähigkeit, diese in geregelten Prozeduren zu einem Ausgleich

**Ein gutes Beispiel für eine misslungene politische wie unternehmerische Kommunikation betrifft die Ostsee-Gaspipeline, die seit April 2010 gebaut wird.**

zu bringen. Ein weiterer, sich seit 2005 hinziehender Streit und gleichzeitig ein gutes Beispiel für eine misslungene politische wie unternehmerische Kommunikation betrifft die Ostsee-Gaspipeline, die seit April 2010 gebaut wird und Russland mit Deutschland und Westeuropa verbinden soll. Das Projekt, das der polnische Verteidigungsminister Radek Sikorski 2006 mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglich<sup>39</sup>, bleibt in den Augen der polnischen Politik und Medien ein Beispiel für die Missachtung polnischer Interessen. In Nachhutgefechten wird jetzt noch über die Tiefe der Verletzung vor dem Stettiner Haff gestritten.

### **PARADIGMENWECHSEL VON DER INTERESSEN- GEMEINSCHAFT ZUR KONFLIKTNACHBARSCHAFT**

Die genannten Konfliktfelder waren allesamt schon da, als die Brüder Kaczyński ab Herbst 2005 die Politik in Polen zu bestimmen begannen. Mit ihnen kam der Teil des *Solidarność*-Lagers, der sich seit 1989 mehr oder weniger als Verlierer sah, an die politische Macht. Beim innenpolitischen Kulturkampf, der dem politischen Wechsel vorausgegangen war, „ging es nicht zuletzt um den Stellenwert der Geschichte und der Geschichtspolitik sowohl für die Innenpolitik wie auch für die Außenpolitik“<sup>40</sup>. Jetzt kam es über die bisherigen Divergenzen hinaus zu einer grundlegenden Änderung der polnischen Politik gegenüber Deutschland. Waren die Kaczyńskis schon früher als Politiker aufgefallen, „die die deutsch-polnischen Gegensätze hochspielten, um aus ihnen politisch Kapital zu schlagen“, so distanzieren sie sich jetzt ausdrücklich vom Prozess der

38 | Bingen, Ruchniewicz, a.a.O. 661.

39 | Vgl. Polnischer Minister, „Pipeline-Vertrag wie Hitler-Stalin-Pakt“, in: *Fokus Online*, 30.04.2006.

40 | Bingen, Ruchniewicz, a.a.O. 666.

Versöhnung und sahen in Deutschland mehr einen Rivalen als einen Partner. Dabei schreckten sie nicht davor zurück, diejenigen, die seit vielen Jahren die Verständigung mit Deutschland gesucht hatten, als „Vaterlandsverräter“ zu brandmarken.<sup>41</sup> Das gipfelte etwa in dem absurden Vorwurf an den hochangesehenen zweimaligen Außenminister Polens, Władysław Bartoszewski, eine „Politik auf den Knien gegenüber Deutschland und dem Westen“ gemacht zu haben. Bartoszewski konterte diesen Anwurf im Wahlkampf 2007 mit den Worten, er verbitte sich „kategorisch die heftige Beleidigung Polens durch unkompetente Regierungsmitglieder und unkompetente Diplomatie-Trottel“ (diplomatołki).<sup>42</sup>

Jarosław Kaczyński hatte bereits in der Parlamentsdebatte zur erwähnten Sejm-Resolution vom 10. September 2004 den neuen Ton vorgegeben, indem er feststellte, es gebe eine Phalanx von deutschen Interessen in Polen durch Leute, die als unabhängige Experten oder Kommentatoren aufträten, aber von deutschem Geld lebten.

**Die führenden Politiker nutzten bald sämtliche Konfliktfelder, um auf Konfrontationskurs zu gehen. Da konnte schon eine unsinnige Satire in der taz eine Krise hervorrufen.**

Versöhnung sei ein Ausdruck großer Naivität.<sup>43</sup> Eine rapide Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen ließ folglich nicht lange auf sich warten. Die führenden Politiker der „IV. Republik“ und ihre publizistischen Unterstützer nutzten bald sämtliche Konfliktfelder, um auf Konfrontationskurs zu gehen. Da konnte schon eine unsinnige Satire in der linken Tageszeitung *taz* vom 26. Juni 2006, in der der polnische Staatspräsident als „Polens neue Kartoffel“ lächerlich gemacht werden sollte, eine Krise hervorrufen.<sup>44</sup> Die polnische Außenministerin verlangte eine Entschuldigung der deutschen Regierung und der Präsident sagte das kurz darauf geplante Weimarer Gipfeltreffen „wegen Bauchschmerzen“ ab, was immerhin acht ehemalige Außenminister Polens in einem offenen

41 | Ebd. 665.

42 | Vgl. Stephan Georg Raabe: *Zur politischen Instrumentalisierung der Stiftung ‚Polnisch-Deutsche Aussöhnung‘. Die polnische Regierung und ihr Deutschlandbeauftragter nutzen die Stiftung zur Verbreitung ihrer Verschwörungstheorien und deutschlandkritischer Ressentiments*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen, 12.10.2007: [http://kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2007/dokument\\_id-12126/index.html](http://kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2007/dokument_id-12126/index.html) [05.08.2010].

43 | Vgl. Góralski, a.a.O. 348 f.

44 | Vgl. Stephan Georg Raabe: „Stereotyp na resentymentach (Stereotype Ressentiments)“, in: *Wprost*, 30.07.2006, 36-37.

Brief kritisierten.<sup>45</sup> Das „Weimarer Dreieck“ als Instrument des Dialogs und der Vertrauensbildung, das bereits seit 1995 an Dynamik verloren hatte, konnte in der Krise keine vermittelnde Rolle spielen.<sup>46</sup>

Aber nicht nur das: Eine Reihe von Beschwerden wurden nun zusätzlich nicht nur von den Medien, sondern auch von der Regierung gegenüber Deutschland vorgebracht. Dazu gehörten:

- der Mangel an gleichen Rechten für die in Deutschland lebenden Polen im Vergleich mit der deutschen Minderheit in Polen;
- die Vernachlässigung der polnischen Sprache in Deutschland;
- eine vermeintliche sprachliche Diskriminierung von polnischen Staatsbürgern und deren Kindern bei Ehescheidungen und Umgangsrechten (laut der polnischen Botschaft in Berlin handelte es sich um etwa 30 schwierige und acht sehr schwierige Konfliktfälle, was ungefähr 0,08 Prozent der deutsch-polnischen Ehen betraf)<sup>47</sup>;
- die staatliche Unterstützung für Vertriebenen-Organisationen in Deutschland;
- die Fälschung der Geschichte durch die Verwendung des Begriffes „polnische Lager“ oder „Lager in Polen“ für deutsche Konzentrationslager<sup>48</sup>.

Dies alles wurde in der innerpolnischen Diskussion begleitet durch den Vorwurf, die polnischen Verhandlungsführer der Verträge mit Deutschland nach 1989 hätten damals kapituliert und die polnischen Anliegen nicht genügend zur Geltung gebracht, woraus sich die Notwendigkeit einer

45 | Vgl. Gabriele Lesser, „Kaczynski Affäre – Die unendliche Kartoffel. Polens Staatsanwaltschaft ermittelt noch immer in Sachen taz-Satire – ohne Rechtshilfe aus Deutschland“, in: *taz.de*, 28.06.2007: <http://taz.de/?id=medien&art=1304&id=497&cHash=5a01a8f4a6> [05.08.2010].

46 | Zur Rolle des Weimarer Dreiecks vgl. Holesch, a.a.O.

47 | Vgl. Thomas Urban, „Diabeł tkwi w liczbach. Problemy między Polską a Niemcami mają charakter bardziej emocjonalny, niż polityczny. (Der Teufel steckt in den Zahlen. Die Probleme zwischen Polen und Deutschen haben mehr einen emotionalen Charakter als einen politischen.)“, in: *Polityka.pl*, 16.07.2010: <http://www.polityka.pl/swiat/tygodnikforum/1507334,1,polska-niemcy-nowi-prezydenci-czy-nowy-poczatek.read> [05.08.2010].

48 | Vgl. ebd.

Neuverhandlung des Nachbarschaftsvertrages und einer Vereinbarung über eine Null-Option in Bezug auf jegliche Besitzansprüche ergebe.<sup>49</sup> Aus der einstmaligen „Werte- und Interessengemeinschaft“ war endgültig eine „Konflikt-Nachbarschaft“ geworden.

Die Konflikt-Nachbarschaft ließ die öffentliche Meinung nicht unbeeinflusst, was sich in Umfragen niederschlug. Die Sympathie der Polen für die Deutschen sank von 44

Prozent im Jahr 2005 auf 29 Prozent im Jahr 2008 deutlich. In Deutschland gingen die Sympathiewerte von 31 Prozent im Jahr 2000 auf 23 Prozent 2008 ebenfalls zurück. Erstaunlich ist die trotz allen Streits weiter positive Einschätzung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die darauf verweist, dass Politik nicht alles bei der Bewertung ist.

Angesichts der historisch bedingten Streitfälle ist folgendes Ergebnis ebenfalls bemerkenswert: Immer noch eine Mehrheit von 51 Prozent (2005: 62 Prozent) äußerte 2008 in Polen, dass der Zweite Weltkrieg nur noch einen geringen oder gar keinen Einfluss mehr auf die bilateralen Beziehungen habe. Gegenteiliger Auffassung waren 43 Prozent (2005: 34 Prozent). In Deutschland räumte ebenfalls eine Mehrheit von 55 Prozent dem Krieg nur einen geringen oder keinen Einfluss auf die deutsch-polnischen Verhältnisse ein (2006: 51 Prozent). Anderer Auffassung waren 34 Prozent (2006: 36 Prozent).<sup>50</sup> Dazu passt, dass der Versuch der Kaczyńskis, vor dem Hintergrund der belastenden Geschichte durch ein populistisch instrumentalisiertes Misstrauen gegenüber Deutschland innen- wie außenpolitisch Kapital zu schlagen, letztendlich scheiterte.

**Letztlich scheiterte der Versuch der Kaczyńskis durch ein populistisch instrumentalisiertes Misstrauen gegenüber Deutschland innen- wie außenpolitisch Kapital zu schlagen.**

49 | Vgl. Góralski, a.a.O. 350 f. *Zu den Kaczyńskis und Deutschland insgesamt*, Holesch, a.a.O. 114-120.

50 | Vgl. Agnieszka Fronczyk, „Deutschland und die europäische Politik in den Augen der Polen“ sowie Agnieszka Łada, „Polen und die europäische Politik in den Augen der Deutschen“ in: Lena Kolarska-Bobińska und Agnieszka Łada (Hrsg.), *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa* (realisiert in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung), Warschau 2009, 144-187 sowie 188-217. Agnieszka Łada, „Wächst mit der Vertrautheit die Abneigung“, in: *Dialog* 88 (2009) 58-61.

## **POLITISCHER WECHSEL 2007: BERUHIGUNG, ENTSPANNUNG, INTERESSENPOLITIK**

Als bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Oktober 2007 die „IV. Republik“ der Kaczyńskis abgewählt wurde und die PO als Sieger feststand<sup>51</sup>, war die Erleichterung über den politischen Wechsel in Polen, aber auch in Berlin groß. Die PO stellte jetzt mit Donald Tusk den Premierminister in einer Koalitionsregierung mit der

**„Die Zeit politischer Gesten wie zwischen Kohl und Mazowiecki ist zu Ende. Die Zeit der Interessenpolitik ist gekommen.“ (Donald Tusk)**

Polnischen Volkspartei (PSL) unter Führung von Waldemar Pawlak, der Vizepremier und Wirtschaftsminister wurde. Beide Parteien sind Mitglied in der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), was das Gespräch und die Zusammenarbeit erleichterte. Die Einbindung in den Parteidialog mit den Christdemokraten in Deutschland hatte zudem bereits früher für gute Kontakte gesorgt. Es war nicht zu erwarten, dass mit dem politischen Umschwung in Polen die Probleme zwischen Polen und Deutschland, die in den vergangenen Jahren deutlich zu Tage getreten waren, nun vom Tisch verschwinden würden. Doch konnte man nun auf einen konstruktiven Umgang mit den Schwierigkeiten und auf eine erneute Annäherung hoffen.

Tatsächlich gelang es der Regierung Tusk schon bald, die Politik im Inneren wie nach außen in ruhigere Bahnen zu lenken. In seiner ersten Regierungserklärung am 23. November 2007 versprach der neue Premier die Unterzeichnung des EU-Reformvertrags, bessere Beziehungen zu den Nachbarn, die Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“, den schnellen Beitritt zur Euro-Zone und ein „polnisches Wirtschaftswunder“ durch mehr Wettbewerb. Vor allem aber machte er Vertrauen und Normalität zum Motto seiner Regierung. In der *Gazeta Wyborcza* vom 5. November 2007 erklärte Tusk allerdings auf die Frage, ob er nun mit Angela Merkel eine neue Etappe der polnisch-deutschen Versöhnung beginnen werde: „Die Zeit politischer Gesten wie zwischen Kohl und Mazowiecki ist zu Ende. Die Zeit der Interessenpolitik ist gekommen, und wir müssen unsere Interessen verteidigen.“ In einem

51 | Die PO schaffte in kurzer Zeit einen rasanten Aufstieg. Kurz nach ihrer Gründung bei den Wahlen 2001 begann sie mit 12,68 Prozent, 2005 wurde sie zweitstärkste Kraft mit 24,11 Prozent hinter der PiS, 2007 mit 41,51 Prozent stärkste Partei.

Essay für das deutsch-polnische Magazin *Dialog*, der an seine Rede vom 29. März 2007 in Berlin während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum 85. Geburtstag von Władysław Bartoszewski anknüpfte, führte er unter der Überschrift „Die Notwendigkeit einer neuen Sprache zwischen Polen und Deutschland“ aus: „Man kann den Stil oder die Effizienz der Außenpolitik ändern, aber die Probleme in den gegenseitigen Beziehungen verschwinden nicht nur deswegen, weil sich die Regierungsmannschaft in Warschau oder Berlin ändert. Deshalb werden wir auch Entscheidungen nicht akzeptieren, die eine fundierte historische Bilanz in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Zweifel ziehen. [...] Genauso wichtig ist es, dass die Pläne zur Realisierung des ‚Zentrums gegen Vertreibungen‘ endgültig aufgegeben werden. In all diesen Fragen werde ich Befürworter unserer Haltung suchen.“<sup>52</sup> Kritisch sprach er auch die Erdgaspipeline durch die Ostsee an, die „das Monopol Russlands bei der Lieferung von Energierohstoffen“ stärke.

Neu war diese Sprache keineswegs. Allerdings wurde eine Begriffsverschiebung weg vom „Interessenkampf“ und hin zur „Interessenpolitik“ deutlich. Von nun an tauschte man sich eher vertrauensvoll und freundschaftlich über die alten Kontroversen aus, man führte gute, offene Gespräche, beschwor die Bedeutung guter Beziehungen, die auf Wahrheit aufzubauen hätten, was an den unterschiedlichen Standpunkten und historischen Wahrheitsbegriffen allerdings nichts änderte.<sup>53</sup> Von einer tatsächlichen Neubegründung einer Partnerschaft und einer konkreten politischen Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamen Interesses erfuhr man nach außen hin wenig. Aber wenn es auch kaum zu gemeinsamen Lösungen in den Hauptstreitpunkten kam, so wurden diese doch nach und nach durch

**Die Atmosphäre hat sich wesentlich verbessert. Es bleibt die unterschiedliche politische Bewertung der „Vertreibung“ bzw. „Aussiedlung“.**

52 | Donald Tusk: „Was für eine Union braucht Polen, was für eine Gemeinschaft braucht Europa?“, in: *Dialog* 80/81 (2007/2008) 10-13, hier 13.

53 | Vgl. exemplarisch den Bericht zum Antrittsbesuch von Tusk in Berlin von Nina Mareen Spranz: „Die neue Vertrautheit von Deutschland und Polen“, in: *Welt online*, 11.12.2007: [http://welt.de/politik/article1451139/Die\\_neue\\_Vertrautheit\\_von\\_Deutschland\\_und\\_Polen.html](http://welt.de/politik/article1451139/Die_neue_Vertrautheit_von_Deutschland_und_Polen.html) [05.08.2010]; und den Beitrag zum Treffen von Merkel und Tusk in Hamburg: „Merkel und Tusk schweigen zu Steinbach“, in: *Welt online*, 27.02.2009: <http://welt.de/politik/article3289352/Merkel-und-Tusk-schweigen-zu-Streit-um-Steinbach.html> [05.08.2010].

den Gang der Dinge obsolet oder an den Rand gedrängt, so dass sie nicht mehr direkt im Wege standen. Die Regierungen Merkel und Tusk haben in den letzten zweieinhalb Jahren einiges dafür getan, dass nach den Zerwürfnissen der vorangegangenen Jahre wieder ein meist gutnachbarschaftlicher Alltag eingeleitet ist. Die Atmosphäre hat sich wesentlich verbessert. Normalität herrscht – wie der Fall Steinbach zeigt – jedoch noch nicht.<sup>54</sup> Es bleibt die unterschiedliche politische Bewertung der „Vertreibung“ (deutsch) bzw. „Aussiedlung“ (polnisch).

### **PLÄDOYER FÜR EINE PARTNERSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT**

**Deutschland ist der wichtigste strategische Wirtschaftspartner Polens, und Polen ist für Deutschland der größte Handelspartner im östlichen Europa.**

Angesichts der Differenzen klingt es vielleicht noch immer ein bisschen wie ein Rufen im Walde, wenn nun allenthalben bei offiziellen Anlässen von beiden Seiten deklariert wird, die Probleme seien so gut wie alle ausgeräumt, die Beziehungen so gut wie nie in der langen wechselhaften Geschichte von Deutschen und Polen, „aus der ‚Interessengemeinschaft‘ sei ‚Partnerschaft‘ geworden, aus dem Vertrauensvorschuss ‚gegenseitiges Vertrauen‘“.<sup>55</sup> Dieses diplomatische Pathos weckt hohe Erwartungen, die dann auch im täglichen politischen Handeln erfüllt werden müssen. Es kann eine ernsthafte Diskussion in Deutschland nicht ersetzen, die die Brüche und Enttäuschungen, die unerfüllten Wünsche und vor allem die Ursachen der

54 | Vgl. Kazimierz Wóycicki, Waldemar Czachur: „Polen im Gespräch mit Deutschland. Zur Spezifik des Dialogs und seinen europäischen Herausforderungen. Mit Vorworten von Gesine Schwan, Heinrich Oberreuter“, Wrocław, 2009, 16: „Man hatte normale Beziehungen gewollt, doch es stellte sich heraus, dass die Beziehungen normal letztlich nicht sind.“ In Polnisch ist das Buch ohne deutsche Kommentare unter dem Titel „Jak rozmawiać z Niemcami. O trudnościach dialogu polsko-niemieckiego i jego europejskim wyzwaniu“ (Wie ist mit den Deutschen zu sprechen. Über die Schwierigkeiten des polnisch-deutschen Dialoges.) erschienen.

55 | Rede von Bundesaußenminister Guido Westerwelle beim 14. Deutsch-Polnischen Forum Deutsch-polnische Partnerschaft für Europa in Warschau, 24.06.2010: <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2010/100624-BM-Dt-Pol-Forum.html> [05.08.2010]; vgl. auch den Bericht von Gerhard Gnauck zum Antrittsbesuch von Guido Westerwelle in Warschau: „Deutschlands neuer Außenminister verzückt Polen“, in: *Welt online*, 01.11.2009.

Probleme ernst nimmt.<sup>56</sup> Zu kurz gegriffen wäre, die Ursache für die Spirale der Irritationen der letzten Jahre vor allem oder ausschließlich bei den politischen Provokateuren und Populisten und den sie verstärkenden Medien festzumachen, wobei dann einerseits in Polen auf die Nationalkonservativen und in Deutschland auf die Vertriebenenorganisationen gezeigt wird<sup>57</sup>, oder aber einseitig das mangelnde Verständnis der Deutschen, ihre Missachtung und Ignoranz und ihren fehlenden Respekt gegenüber Polen und das zu zurückhaltende Auftreten Polens für die Misere Verantwortlich zu machen.<sup>58</sup>

**Das deutsch-polnische Verhältnis kann heute wieder als ein „Raum der Hoffnung“ definiert werden, den es in der politischen Praxis allerdings auszufüllen gilt.**

Andererseits sollen und dürfen die Schwierigkeiten und Probleme nicht die Potenziale und Chancen verdecken. Die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Polen sind eindeutig positiv und angesichts der Probleme, die zu überwinden waren, ein bemerkenswerter Erfolg. Deutschland ist der wichtigste strategische Wirtschaftspartner Polens, und Polen ist für Deutschland der größte Handelspartner im östlichen Europa vor Tschechien und auch vor Russland. Aus dem Blickwinkel der Wirtschaft sehen die Beziehungen folglich viel positiver aus.<sup>59</sup>

56 | Wóycicki, Czachur, a.a.O. 60. Die Autoren meinen, solche Reden von deutschen Politikern seien „nur für den Export bestimmt“, wogegen es in Deutschland selber an einer Diskussion über das Verhältnis zu Polen fehle. In wichtigen Reden spreche man zwar von Partnerschaft, unternehme aber nichts Konkretes (66).

57 | Diese Tendenz ist im Beitrag von Góralski, a.a.O. zu bemerken.

58 | Diese Tendenz findet man im Buch von Wóycicki, Czachur, a.a.O. 137 f.: Traurig sei, „dass die deutsche Seite oftmals erst dann bereit ist, sich mit dem auseinanderzusetzen, was die polnische Seite sagt wenn es zu ernststen Spannungen kommt. Wesentlich besser wäre es, wenn die deutsche Seite lernen würde, Polen schon dann zu verstehen, wenn diese selbstironisch von ihren Schwächen sprechen. Hierauf muss sich die polnische Seite jedoch früher vorbereiten und in potenziellen Konfliktsituationen deutlicher werden. [...] Missachten und Ignorieren [eine deutsche Spezialität] bzw. Ängste [eine polnische Spezialität] und Komplexe [hier hat jede Seite ihre eigenen] führen nur zu Missverständnissen.“ Zur „Asymmetrie des Respekts“ ebd. 52-68, 75-84.

59 | Vgl. Józef Olszyński: „Aktueller Stand der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen“, in: Witold Małachowski (Red.), *Deutschland – Polen im vereinigten Europa und ihre ökonomische Verantwortung*, Warschau, 2006, 39-43; Statistisches Bundesamt: *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2009*, Wiesbaden 2010.

So kann das deutsch-polnische Verhältnis heute wieder als ein „Raum der Hoffnung“ definiert werden, den es in der politischen Praxis allerdings auszufüllen gilt etwa durch die Kooperation im Rahmen des Weimarer Dreiecks und der EU, der transatlantischen Sicherheitspolitik, der Russland- und Ostpolitik, aber auch in der wirtschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und auf allen Feldern, die schon der Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag von 1991 angesprochen hat. „Die Europäische Union, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Intensivierung der zwischenmenschlichen Kontakte – all dies bildet einen stabilen Rahmen für die deutsch-polnischen Beziehungen.“<sup>60</sup>

Das bilaterale Verhältnis von Deutschland und Polen hat in den letzten 20 Jahren verschiedene Wandlungen erlebt: von einer „Werte- und Interessengemeinschaft“ über verschiedene Interessenkonflikte zu einer „Konflikt-Nachbarschaft“ und schließlich hin zu einer dualen „Interessenpolitik“. Deutschland und Polen haben nichts desto trotz als unmittelbare Nachbarn und wegen ihrer geografischen Lage, Geschichte und Größe eine wichtige Bedeutung für die Gestaltung europäischer Politik. Aber die beiden Länder sind nicht der Nabel der Welt, sie sind eingebettet in ein Netzwerk internationaler Bezüge und Partnerschaften wie der transatlantischen mit den USA, der Kooperations-Partnerschaft mit Frankreich, der Modernisierungspartnerschaft mit Russland, der östlichen Partnerschaft der EU sowie einer von Deutschland angestrebten privilegierten Partnerschaft mit der Türkei oder einer strategischen Partnerschaft mit China. Angesichts dessen wird deutlich, dass eine konkrete Zusammenarbeit mit Blick auf gemeinsame Ziele und Schlüsselprobleme zwischen Deutschland und Polen einem Konzept auseinanderstrebender Interessenpole, die in einem schwierigen Kompromissprozess zum Ausgleich zu bringen sind, allemal vorzuziehen ist.<sup>61</sup> Die bewusste Betonung von Interessenunterschieden und ständige Forderungen führen unweigerlich

**Vielleicht kann aus einer pragmatischen Kooperation später eine strategische Partnerschaft entstehen. Ebenso kann eine Multilateralisierung der Zusammenarbeit nützlich sein.**

60 | Wóycicki, Czachur, a.a.O. 132.

61 | Bingen, Ruchniewicz, a.a.O. 668 ff. Die Autoren vertreten unter Bezug auf den polnischen Politikanalytiker Piotr Buras ein solches Polaritätskonzept, in dem die divergierenden deutschen und polnischen Pole in der „Interessengemeinschaft in Europa“ jeweils zum Ausgleich zu bringen seien.

zu einer Distanzierung und Entfremdung. Von daher kann das Politikkonzept der Polarität nur ein Notnagel sein, aber kein erstrebenswertes Ziel. Es geht vielmehr um die Überwindung der divergierenden Polaritäten durch Zusammenarbeit, um die Schaffung von Feldern der Kooperation durch die konstruktive Beseitigung oder Neutralisierung von Konflikten. Vielleicht kann aus solch einer pragmatischen Kooperation später eine strategische Partnerschaft wieder entstehen.<sup>62</sup> Dafür können neue Formen und Methoden des Krisenmanagements und möglichst breit gestreute direkte Kontakte unter Einschluss gerade auch der kritischen Akteure hilfreich sein. Es ist an der Zeit, „mutiger und offener miteinander zu reden“.<sup>63</sup> Ebenso kann eine Multilateralisierung des Dialoges und der Zusammenarbeit nützlich sein, um die bilaterale Fixierung zu überwinden. In diesem Sinne zitierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede in der Warschauer Universität am 16. März 2007 Johannes Paul II, der sagte: „Es war Gottes Wille, der Deutsche und Polen zu Nachbarn gemacht hat. Aus diesem Grunde ist es unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung, in Einigkeit zu leben.“<sup>64</sup> Und der polnische Premier Donald Tusk gab dazu bei der Verleihung des Karlspreises in Aachen am 13. Mai 2010 die passende Lösung: „Europa als Norm, Gemeinschaft als Regel, Freiheit und Solidarität als Grundsatz. Das sind unsere Wegweiser.“<sup>65</sup>

62 | Vgl. Kai-Olaf Lang: „Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft. Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen“, in: *SWP-Aktuell* 48, Oktober 2004; Stephan Georg Raabe: „Eine neue Agenda ist nötig. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem politischen Wechsel in Polen“, in: *Euro Journal. Pro Management* 1/2008, 32-34 (polnisch erschienen im *Europakalender* der Polnischen Robert Schuman Stiftung 1/2008): [http://kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2008/dokument\\_id-12938/index.html](http://kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2008/dokument_id-12938/index.html) [05.08.2010]; „Jutta Frasch: Dynamisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Vorschläge für eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit“, in: *SWP-Aktuell* 34, Juli 2009.

63 | Wóycicki, Czachur, a.a.O. 16. Die Autoren entwerfen drei Szenarien für die deutsch-polnischen Beziehungen: einen „verdeckten Antagonismus“, eine „Zusammenarbeit auf Distanz“ und eine „pragmatische Zusammenarbeit“.

64 | Zitiert nach Góralski, a.a.O. 354.

65 | Donald Tusk: Dankesrede nach der Verleihung des Karlspreises am 13.05.2010, in: *Adalbertusforum. Zeitschrift für ostmitteleuropäische Begegnung* 6 (2010) 14-17, hier 17.